

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die am

Dienstag, dem 03. Mai 2011, um 19.00 Uhr

im Sitzungssaal des Rathauses Neusiedl am See stattgefundene

Gemeinderatssitzung

Anwesend:

Bürgermeister		Kurt	LENTSCH
Vizebürgermeisterin		Monika	RUPP
Stadtrat		Emmerich	HAIDER
Stadtrat		Franz	RITTSTEUER
Stadtrat		Stefan	KAST
Stadträtin		Eva	STEINDL
Stadträtin		Elisabeth	BÖHM
Gemeinderat	Ing.	Josef	HAIDER
Gemeinderätin		Emma	HITZINGER
Gemeinderat		Michael	KAST
Gemeinderat	DI	Thomas	HALBRITTER
Gemeinderat	Ing.	Heinz	FEIGL
Gemeinderat	Ing.	Viktor	HORVATH
Gemeinderätin		Birgit	PECK
Gemeinderat		Josef	FEKETE
Gemeinderat	Ing.	Franz	HESS
Gemeinderat		Johannes	MIKULA
Gemeinderat		Georg	STEINER
Gemeinderat		Kurt	KALINA
Gemeinderätin		Heike	DOVITS
Gemeinderat		Karl	PANNER
Gemeinderat	DI	Gottfried	HAIDER
Gemeinderätin		Anneliese	HORVATH
Gemeinderätin	Mag. ^a	Alexandra	FISCHBACH

Abwesend und entschuldigt:

Gemeinderätin		Gabriele	WLCEK
Schrifführer	OAR	Franz	RENGHOFER

Der Vorsitzende, Bürgermeister Kurt Lentsch, begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest und eröffnet diese Sitzung um 19.00 Uhr. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen vorgebracht. Zu Beglaubigern werden die Gemeinderäte Feigl und Dovits bestimmt.

T a g e s o r d n u n g :

Punkt 1)

Einbringung Klage – Ing. W.P. Handler Bau GmbH

Bürgermeister Lentsch erklärt eingangs, dass die Gemeinde nach wie vor als Bauherr bei allen Bautätigkeiten im Bundeschulzentrum auftritt, da sich der Bund bisher beharrlich geweigert hat, die Liegenschaft in sein Eigentum zu übernehmen. Es gab in der gegenständlichen Angelegenheit Gespräche zwischen dem Ministerium, dem Landesschulrat, der Finanzprokurator und der beauftragten Firma, in welchen Verbesserungsaufträge erteilt wurden, welche aber bisher nicht umgesetzt wurden. Es gibt dazu auch einen Schriftverkehr mit dem Rechtsanwaltsbüro Hajek – Boss – Wagner, in welchem ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass die Gemeinde handeln muss, um nicht Gefahr zu laufen, dass sich das Ministerium und der Landesschulrat an der Gemeinde schadlos halten. Da die Gemeinde für solche Fälle leider keine Rechtsschutzversicherung hat, muss überlegt werden, ob man das in Zukunft nicht doch ändern sollte. Die Gemeinde geht natürlich ein Prozessrisiko ein und auch die Kosten sind noch nicht abschätzbar. GR Fischbach stellt die Frage, ob die Gemeinde die Kosten für eine Prozessführung alleine zu tragen hat. Dazu erklärt Bürgermeister Lentsch, dass man davon ausgehen kann, dass die Klage erfolgreich sein wird. Der Schaden ist erwiesen und es sollte daher zu keinen Problemen kommen. Sollten aber wider Erwarten trotzdem Kosten anfallen, wird man mit den beiden Partnern reden müssen, damit diese sich an den Kosten beteiligen bzw. diese ganz übernehmen. Stadträtin Steindl kritisiert, dass solche Kostenfragen nicht schon im Vorfeld geklärt worden sind. Man sollte aber zumindest bei zukünftigen Projekten darauf achten, damit ein solches Szenario nicht nochmals zum Tragen kommen kann. Bürgermeister Lentsch erinnert an die Gründerzeit, wo die Gemeinde darum gekämpft hat, diese Bundesschulen nach Neusiedl am See zu bekommen und eben die Situation, wie wir sie heute vorfinden, war eine der Bedingungen des Bundes. Bisher hat die Gemeinde jedoch noch nie Schaden aus welchen Handlungen auch immer davon getragen. Die seinerzeitige Vorgangsweise war unbedingt notwendig, da sich ansonsten der Baubeginn des BSZ um Jahre verschoben hätte. Und diese Verantwortung hat die Gemeinde schon damals übernommen, da möglicherweise ein Scheitern des Projektes nicht auszuschließen gewesen wäre.

Da es kontraproduktiv wäre, sich gegen die beiden Partner Landesschulrat und Ministerium zu stellen, sollte der Beschluss zur Einbringung einer Klage gegen die Firma Ing. W.P. Handler Bau GmbH vom Gemeinderat gefasst werden. Der gleich lautende Antrag von Bürgermeister Lentsch wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Rupp, die Stadträte Haider Emmerich, Rittsteuer, Kast Stefan, Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Haider Josef, Hitzinger, Kast Michael, Halbritter, Feigl, Horvath Viktor, Peck, Fekete, Hess, Mikula, Steiner, Kalina, Dovits, Panner, Fischbach, Horvath Anneliese und Haider Gottfried.

Punkt 2)

Garantieübernahme für die Freizeitbetriebe Neusiedl am See GmbH

Im Vorjahr wurde eine Finanzierung für die Freizeitbetriebe Neusiedl am See GmbH in der Höhe von € 4 Millionen ausgeschrieben. Bestbieter war die Raiffeisen Landesbank Burgenland. Mit Jahresende wurde auch noch erreicht, das Grundstück frei zu bekommen. Aus dem oben erwähnten Betrag wurde eine Summe von € 2 Millionen ausgenützt. Es wurden damit im wesentlichen die Schulden der Freizeitbetriebe bei der Stadtgemeinde bezahlt. Es besteht jedoch ein weiterer Bedarf, den laufenden Abgang abzudecken und dafür wird der restliche Betrag dieses Darlehens benötigt. Die Frage ist, ob man das aus dem Gemeindehaushalt oder mit einem Kredit durchführen soll. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, mit einem der beiden ernsthaften Interessenten, welche am Betrieb des Hallenbades interessiert sind, in Kontakt zu treten, um eine passende Lösung zu erreichen. Es besteht jedoch in erster Linie die Möglichkeit, den erwähnten Kredit voll auszuschöpfen, wobei jedoch die Notwendigkeit gegeben ist, dass die Gemeinde eine Garantieerklärung abgibt. In diesem Fall wären die Konditionen um bis zu einem Prozent günstiger als bei einer normalen Kreditverzinsung. Die Frage ist jedoch, ob es dafür eine aufsichtsbehördliche Genehmigung, welche zwingend notwendig ist, geben wird. Nach diesen Ausführungen stellt Bürgermeister Lentsch den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, eine Garantieübernahme für die Freizeitbetriebe Neusiedl am See GmbH für ein Darlehen in der Höhe von € 4 Millionen zu übernehmen. Stadträtin Steindl fragt an, ob diese 4 Millionen auch ohne die Garantieübernahme der Gemeinde fließen würden und was mit dem Wertpapierdepot geschehen ist. Dazu erklärt der Bürgermeister, dass 2 Millionen bereits geflossen sind und das Wertpapier für andere Verbindlichkeiten der Freizeitbetriebe heranzuziehen waren. Die Anfrage von GR Gottfried Haider, wer eigentlich Kreditnehmer sei, wird vom Bürgermeister damit beantwortet, dass dies aus der Tagesordnung eindeutig hervor geht. Kreditnehmer ist die Gesellschaft und die Gemeinde tritt mit einer Garantieübernahme ein. Nach diesen Wortmeldungen wird über den Antrag des Bürgermeisters abgestimmt. Für den Antrag stimmen die 14 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Rupp, die Stadträte Haider Emmerich, Rittsteuer und Kast Stefan sowie die Gemeinderäte Haider Josef, Hitzinger, Halbritter, Feigl, Kast Michael, Horvath Viktor, Peck, Fekete und Hess. Gegen den Antrag stimmen die 7 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtinnen Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Mikula, Steiner Kalina, Dovits und Panner, die beiden Grünen Gemeinderäte Fischbach und Horvath Anneliese sowie der FPÖ Gemeinderat Haider Gottfried.

Punkt 3)**Ankauf Inventar Containerklasse bzw. – gruppe**

Bürgermeister Lentsch teilt mit, dass es erst nächste Woche eine abschließende Begehung mit Herrn Herczeg betreffend Containermiete und Standort geben wird und daher heute lediglich ein Bericht an den Gemeinderat erfolgen wird. Es wurden bereits die ersten Schritte getätigt, indem aus den offenen Forderungen in der Höhe von € 17.395,-- für Elektroinstallationen, € 9.995,-- sind anteilige Kosten, die es zu übernehmen gilt. Für Waschbecken einen Betrag von € 1.301,60, Zuleitung von Kanalrohren sowie Lichtkuppeln € 5.258,--, Feuerlöscher € 435,--, Kindergartenmöbel € 10.598,-- . Das ergibt insgesamt eine Summe von € 18.493,--. Die Turngeräte sind nach wie vor im Eigentum der Gemeinde. Bei einer Verkleinerung wird sich die Miete natürlich entsprechend verringern. Bei der nächsten Sitzung des Gemeinderates sollen dann alle Punkte im Detail vorliegen und auch darüber abgestimmt werden.

Punkt 4)**Initiative Europa- Gemeinderat**

Bürgermeister Lentsch schlägt Stadtrat Stefan Kast als Kandidaten für die Nominierung als Europa Gemeinderat vor. Es soll dazu dienen, auch in der Gemeinde Europa-Angelegenheiten wahrzunehmen und laufend über aktuelle Probleme informiert zu werden. Stefan Kast ist ein junger und dynamischer Stadtrat, welcher auch sehr interessiert am politischen Geschehen nicht nur in der Gemeinde ist. GR Fischbach fragt an, wer die Kosten für Reisen und Fortbildungsseminare etc. bezahlen wird. Bürgermeister Lentsch teilt mit, dass natürlich die Gemeinde die Kosten übernehmen wird, wenn es solche Reisen geben sollte. Das wird aber eher selten der Fall sein, da viele Informationen über Internet an die Mitglieder übermittelt werden. Man muss nicht großartige Europareisen unternehmen, sondern es so pflegen wie die Gemeinde ihre bisherigen Städtepartnerschaften in Ungarn, der Slowakei oder in Deutschland pflegt. Auch das EU Projekt NEBAL, welches gerade läuft und in Neusiedl am See ein Workshop mit Teilnehmern aus Ungarn und Rumänien stattfindet, ist ein treffendes Beispiel dafür, dass solche Gedanken gepflegt und gelebt werden können, ohne dass der Gemeinde große Kosten erwachsen. Im angeführten EU Projekt spielt Neusiedl am See sogar eine Vorreiterrolle, da die Teilnehmer aus den übrigen Ländern (Ostdeutschland, Polen, Rumänien und Bulgarien) sehr von den Erfahrungswerten unserer Stadt profitieren, die sie in verschiedenen Gesprächsrunden über die Entwicklung unserer Stadt und unsere Region übermittelt bekommen. Aktuell ist sicher nichts geplant, was der Gemeinde für den Europa Gemeinderat Kosten verursachen würde. Die Besorgnis von GR Fischbach wird daher als eher unbegründet erachtet. In diesem Fall verhält es sich ganz anders als bei Europaabgeordneten, welche sehr wohl hohe Kosten an diversen Spesen verursachen. Stadträtin Steindl findet es prinzipiell gut, dass es diese Funktion gibt, sie wusste nur nicht, dass es bereits heute eine nominelle Entscheidung geben wird. Sie regt weiters an, dass bei eventuell anfallenden Kosten ebenfalls der Gemeinderat eine Entscheidung treffen sollte.

Dem stimmt auch Bürgermeister Lentsch zu und nach diesen Wortmeldungen wird über seinen Antrag der einstimmige Beschluss gefasst, Herrn Stadtrat Stefan Kast als Europa Gemeinderat zu nominieren. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Rupp, die Stadträte Haider Emmerich, Rittsteuer, Kast Stefan, Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Haider Josef, Hitzinger, Kast Michael, Halbritter, Feigl, Horvath Viktor, Peck, Fekete, Hess, Mikula, Steiner, Kalina, Dovits, Panner, Fischbach, Horvath Anneliese und Haider Gottfried.

Punkt 5)

Unterstützung Verein NEZWERK

Bürgermeister Lentsch weist darauf hin, dass im Projekt „Familienfreundliche Gemeinde“ unter anderem auch die Unterstützung des Vereines NEZWERK beschlossen wurde und ersucht um einen entsprechenden Antrag. Stadtrat Stefan Kast stellt daraufhin den Antrag, den Verein NEZWERK mit einem Betrag von € 5.000,-- pro Jahr zu unterstützen, wobei dieser Betrag in zwei Raten zur Auszahlung gelangen soll. Das Geld soll aus dem Jugendbudget genommen werden. Es soll eine Anerkennung für die Arbeit einer großen Gruppe von Jugendlichen sein, welche sich unentwegt für Anliegen der Jugend aber für ältere Mitbürger kostenlos und unentgeltlich einbringt. GR Fischbach weist darauf hin, dass es kein Ansuchen dafür gibt und dass auch ein Beschluss existiert, aus welchem hervorgeht, dass die Gemeinde keine Kosten durch den Verein NEZWERK haben wird. Sie regt an, diese Unterstützung für ein Jahr zu genehmigen und danach zu evaluieren. Vizebürgermeisterin Rupp gibt zu bedenken, dass sehr viele Jugendliche sich täglich einbringen und sinnvolle Arbeit leisten. Dieser Betrag soll lediglich eine Anerkennung durch die Gemeinde sein und auch ordnungsgemäß abgerechnet werden. Die erste Rate soll im 2. Halbjahr 2011 und die 2. im Feber 2012 zur Anweisung kommen. Stadträtin Steindl sieht diese Einrichtung absolut positiv und verweist darauf, dass auch die Pfarre und das Land dieses Projekt unterstützen. Sie regt lediglich an, eventuell die Öffnungszeiten zu verlängern. Es sollte sich in Richtung einer Jugendzentrale entwickeln und professionell geführt werden. Nach ihren Informationen haben einige Gemeinde eine Deckelung der Unterstützungsbeiträge eingeführt und alle Beträge über € 500,-- sollten abgerechnet werden. Stadtrat Kast kritisiert, dass von allen Seiten immer die Förderung der Jugend gefordert wurde und jetzt sieht man es zu kritisch. Der Verein NEZWERK wird bereits professionell geführt und gilt im Land bereits als positives Beispiel. Er weist abschließend auch auf die Abhaltung des Seniorenstammtisches und das Projekt „Gesunde Stadt“ hin, wo ebenfalls zahlreiche Mitglieder dieses Vereines sich aktiv einbringen. Nach diesen Wortmeldungen wird sein Antrag um Gewährung eines Unterstützung von € 5.000,-- , auszuzahlen in zwei gleichen Raten, einstimmig beschlossen. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt : Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Rupp, die Stadträte Haider Emmerich, Rittsteuer, Kast Stefan, Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Haider Josef, Hitzinger, Kast Michael, Halbritter, Feigl, Horvath Viktor, Peck, Fekete, Hess, Mikula, Steiner, Kalina, Dovits, Panner, Fischbach, Horvath Anneliese und Haider Gottfried.

Punkt 6)**Bericht Bauvorhaben Sky Gallery**

Bürgermeister Lentsch berichtet eingangs über zahlreiche Gespräche, die es in dieser Angelegenheit sowohl mit dem Projektanten als auch mit den Architekten gegeben hat. Das ursprünglich eingereichte Projekt wies eine Gesamthöhe von 15 Metern auf, was sowohl nach den Bestimmungen des Bgld. Baugesetzes als auch aus Sicht der Ortsbildgestaltung nicht genehmigungsfähig gewesen wäre. Das wurde den Betreibern ebenso mitgeteilt wie den Planern, worauf einige Zeit später ein weiteres Projekt eingereicht und dem Planungsbeirat vorgelegt wurde. Dieses wurde zwar architektonisch abgeändert, wies aber letztendlich eine Höhe von 17 Metern auf. Diese Tatsache hat die eigentlichen Diskussionen Seitens der Gemeinde wurde das Projekt sowohl vom Bausachverständigen als auch vom Fachmann für Straßenbau überprüft, da es bei Realisierung auch zu verstärktem Verkehrsaufkommen in diesem Bereich kommen würde. Die heutige Information dient dazu, dass sich auch die Mitglieder des Gemeinderates ein Bild von diesem Vorhaben machen können, um gemeinsam die Verantwortung tragen zu können. Er als Bürgermeister muss letztendlich einen Baubescheid erlassen und trägt damit die Verantwortung. Eine wesentliche Frage ist es zu prüfen, ob das Projekt auch ortsbildgerecht ist. Es wurde ein Orthofoto erstellt, auf welchem alle umliegenden Objekte von Höhe und äußerer Gestaltung erkennbar sind und Vergleiche angestellt werden können. Sowohl die drei Siedlungsblöcke am Hirschfeldspitz als auch das Betriebsgebäude der Bäckerei Naglreiter und das Gebäude des SPAR Marktes wurden für diesen Vergleich heran gezogen. GR Halbritter erläutert, dass er sich mit der Materie genau auseinandergesetzt hat und weist auf die ursprünglich zu erwartende Verkehrsproblematik hin. Der zweite nunmehr vorliegende Entwurf wurde so abgeändert, dass zumindest aus verkehrstechnischer Sicht keine Probleme zu erwarten sind, da entsprechende Abtretungen und das Verlegen von Parkflächen für Fahrzeuge auf das eigene Grundstück eine wesentliche Entschärfung bringen würden. Durch diese Abtretungen ergibt sich eine Fahrbahnbreite von 6 Metern, was ein Befahren in beide Richtungen ermöglicht. Auch im Bereich der Berggasse wurden Abtretungen getätigt, welche ebenfalls zu einer besseren Gesamtsituation beitragen. Das Zurückrücken von beiden Verkehrsachsen ist ein wesentlicher Punkt, welcher viele befürchtete Probleme beseitigt. Es wurde auch von der Landesregierung die Vorlage eines entsprechenden Verkehrskonzeptes gefordert. GR Halbritter findet die Kooperationsbereitschaft und das vorgelegte stark abgeänderte Projekt vernünftig. Er kann sich aber nicht vorstellen, dass es die Gemeinde verantworten kann, das Projekt mit einer überdimensionierten Gesamthöhe zu genehmigen. Das oberste Geschoss sollte gekappt werden und auch in der Berggasse müsste eine Abänderung erfolgen, welche das Maß an Ortsbildverträglichkeit nicht zu überschreiten. Die im Gelände verglichene Höhe des SPAR Marktes beträgt 10 Meter, weshalb der Sprung auf 15 Meter, ebenfalls gemessen vom verglichenen Gelände, nicht vertretbar ist. Es sollten aber noch Einzelheiten mit der Baubehörde und dem Planungsbeirat erörtert werden, um eine für alle Beteiligten vertretbare Lösung erzielen zu können und auch das Ortsbild nicht zu stören. Darüber hinaus ist auch ein Gespräch mit anschließender schriftlicher Begutachtung durch den Raumplanungsbeirat vorgesehen. GR Fischbach erklärt, dass sie außer den in der Gemeinderatsmappe befindlichen Unterlagen von diesem Projekt eigentlich nichts weiß und sich daher auch kein Bild darüber machen kann. Nach ihrem Dafürhalten muss auf jeden Fall die Verkehrsfrage geklärt werden und sie findet auch, dass dieses Projekt eine wesentliche Beeinträchtigung des Ortsbildes zur Folge hat,

weshalb sie es kategorisch ablehnt. Darüber hinaus entstehen auch enorme Nachteile für alle betroffenen Anrainer. Stadträtin Böhm findet, dass es sich um ein modernes Gebäude handelt, welches auch gut in die Landschaft passt. Bürgermeister Lentsch äußert sich in diese Richtung, dass es sicher modern ist und wirtschaftlich für die Gemeinde interessant wäre, dass letztlich die volle Verantwortung bei der Gemeinde bzw. bei ihm selbst als Baubehörde liegt und dass er gerade deswegen diese Information und Diskussion mit dem Gemeinderat gesucht hat. Vizebürgermeisterin Rupp weist darauf hin, dass die Sensibilität darin liegt, das gerade dieses Projekt genau am Wagram situiert ist und daher besonders sensibel zu behandeln ist. Es muss auf jeden Fall eine beträchtliche Verringerung der Gesamthöhe erfolgen, um das Ortsbild nicht zu beeinträchtigen. Stadtrat Stefan Kast vertritt die Auffassung, dass jede Tätigkeit, welche die Infrastruktur hebt nicht verhindert werden sollte. Die Quintessenz in der Sache ist jene, wie man mit der Gesamthöhe umgeht. Er ersucht den Bürgermeister, entsprechende Verhandlungen zu führen, um ein für alle Seiten befriedigendes Ergebnis zu erzielen. Es dürfen in keinem Fall die betroffenen Anrainer benachteiligt werden. Stadträtin Steindl meint, dass das Projekt sehr stimmig und modern ist und es spricht nichts gegen die Erteilung einer baubehördlichen Bewilligung. Bürgermeister Lentsch erklärt auf eine Anfrage, dass die Parkplatzsituation in Neusiedl am See sehr streng sei und dass neben der Höhe unbedingt auch die Verkehrssituation einer befriedigenden Lösung zugeführt werden muss. Er bringt auch zum Ausdruck, dass ein gutes Projekt auch lange Diskussionen und Prüfungen aushalten muss, um es zu einem positiven Ende zu bringen. Auch die Kritik der betroffenen Anrainer sind legitim und darf nicht unerhört bleiben. Er schlägt auch einen gemeinsamen Termin mit allen Anrainern vor, wo alle Punkte erschöpfend ausdiskutiert werden sollen. Die abschließende Anfrage von GR Fischbach, nach welchen Kriterien die Parkplatzfrage beurteilt werden wird, beantwortet der Bürgermeister dahin gehend, dass sich alle Parkplätze von Mitarbeitern, Mietern und Büroangestellten in der Tiefgarage befinden müssen und jene von Gästen auf den dafür vorgesehenen Parkplätzen auf dem Grundstück der Betreiber. Abschließend erklärt Bürgermeister Lentsch, dass diese Information für die Mitglieder des Gemeinderates zu einem besseren Verständnis der Gesamtsituation führen soll und dass auch jeder über alle weiteren Maßnahmen und Schritte informiert werden wird.

Punkt 8)

Bericht des Bürgermeisters

Viehauftrieb Kalvarienberg – dieses Projekt ist ein sehr sinnvolles, da die Gemeinde zusammen mit dem Verein „Freunde des Kalvarienberges“ neben der Restaurierung der Kreuzweganlage auch die Renaturalisierung des Kalvarienberges ins Auge gefasst hat. Ein wesentlicher Punkt dabei ist, dass jedes Jahr im Frühjahr eine Schafferde zur Beweidung auf den Kalvarienberg gebracht wird, um die vorhandenen Trocken – und Halbtrockenrasenbiotope von Bewuchs frei hält und die natürliche Vegetation seltener Pflanzen wieder hergestellt werden kann. Das Projekt ist ein sehr erfolgreiches und dient nicht nur den Maßnahmen zur Landschaftspflege, sondern stellt darüber hinaus auch eine große Attraktion für Einheimische und Besucher dar.

Bei dieser Veranstaltung waren neben zahlreichen Neusiedler Bürgern erfreulicherweise auch sehr viele Schüler und Kindergartenkinder. Das Projekt Kalvarienberg ist auf jeden Fall ein ganz besonderes es ist lobenswert, dass man sich dieser Sache nachhaltig annimmt.

Entente Florale Europe – die Stadtgemeinde Neusiedl am See ist österreichischer Kandidat für den diesjährigen Europäischen Blumenschmuckwettbewerb und im Zuge der Veranstaltung am Kalvarienberg wurde von der österreichischen Delegation auch die Tafel an den Bürgermeister überreicht. Am 2. Juli wird eine Europäische Jury nach Neusiedl am See kommen und eine umfassende Besichtigung und Bewertung vornehmen. Für diesen Zweck soll auch ein kurzer Imagefilm über Neusiedl am See zusammengestellt werden, welcher aus vorhandenen Beiträgen bzw. aus neu erstellten Szenen bestehen wird. Dazu wird die Hilfe eines erfahrenen Mitarbeiters des ORF in Anspruch genommen.

Projekt NEBAL – es handelt sich dabei um ein EU Projekt, an welchem Deutschland (ehemalige DDR), Polen, Rumänien und Bulgarien neben Österreich teilnehmen. Derzeit findet ein Workshop in Neusiedl am See statt und es ist eine sehr interessante und Völker verbindende Aktion. Neusiedl am See spielt dabei eine Vorreiterrolle, da in zahlreichen Besprechungen immer wieder die Entwicklung unserer Stadt als Vorbild dargestellt wird.

Punkt 9)

Allfälliges

GR Hess teilt mit, dass die Aktion Mama Mia stattfindet, welche von den Gewerbetreibenden der Stadt veranstaltet wird und dass er gerne die Mitglieder des Gemeinderates dazu einladen möchte.

GR Josef Haider teilt mit, dass am Wochenende das Feuerwehrfest stattfindet, zu welchem möglichst viele Gemeinderäte erscheinen sollten. Darüber hinaus wird auch die Möglichkeit geboten, Fahrräder codieren zu lassen.

GR Panner stellt eine Anfrage, was mit dem Brunnen bei der BH Neusiedl am See geschehen soll, da dort wertvolles Wasser fließt. Dazu erklärt Bürgermeister Lentsch, dass das Land Burgenland vor Jahren das Gebäude (ehemaliges Saliterschloss) von der Gemeinde gekauft und geschliffen hat. Das einzige Relikt aus dieser Zeit ist dieser Brunnen, wobei die BH Neusiedl am See die Gemeinde ersuchte, das Wasser untersuchen zu lassen, um die Qualität feststellen zu können. Dazu bemerkt der Bürgermeister, dass die Biologische Station bereits gebeten wurde, diese Maßnahme zu treffen. Es wird umgehend urgiert, um feststellen zu können, bis wann mit einem Ergebnis zu rechnen sein wird.

GR Fischbach fragt an, wie weit die Aktion mit dem Ne'Mo gediehen ist, da ja ursprünglich geplant war, zwei kleinere Busse anstatt des großen fahren zu lassen. Dazu stellt Bürgermeister Lentsch fest, dass die Anschaffung der Busse sicher kostenlos möglich wäre, weil man sie mit Werbung finanzieren könnte, aber die Erhaltung und die Kosten der Chauffeure bringen wieder extreme Kosten für die Gemeinde. Eine weitere Anfrage richtet sich nach dem Ist – Stand beim geplanten Hotel am See. Dazu bemerkt der Vorsitzende, dass alles im Laufen sei. Wann genau mit dem Bau begonnen wird, kann im Augenblick nicht sagen.

Die letzte Frage von GR Fischbach bezieht sich auf das Fachmarktzentrum in Parndorf, welches von Dr. Walter Steindl betrieben werden soll und ob es dafür bereits eine Umweltverträglichkeitsprüfung gebe. Diese Frage wird vom Bürgermeister mit nein beantwortet, weil nach seinem Informationsstand keine derartige Prüfung gefordert wurde. Die Gemeinde wurde seitens des Landes auch nicht eingeladen, eine Stellungnahme dafür abzugeben.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird dieser öffentliche Teil der Sitzung um 20.30 Uhr geschlossen.

Bürgermeister

Schriftführer



Gemeinderäte